

Antrag Nr. 19-F-21-0030

SPD, CDU + Bündnis 90/Die Grünen

Betreff:

Ausschüttung der Nassauischen Sparkasse
- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 05.06.2019 -

Antragstext:

In den vergangenen sieben Jahren betrug der Gewinn der Nassauischen Sparkasse insgesamt 182 Millionen Euro. Davon wurde allerdings kein einziger Euro an die Städte Wiesbaden und Frankfurt am Main oder die sechs umliegenden Landkreise ausgeschüttet, denen die Sparkasse gehört. Der gesamte Gewinn verblieb in der Bank, um die „Gesamtkapitalquote“ zu erhöhen - also das eigene finanzielle Fundament zu verbreitern. Die Gesamtkapitalquote liegt aktuell bei 14,57 Prozent, weit über den derzeit vorgeschriebenen 8 und sogar deutlich über den 13 Prozent, auf die Banken ihre Eigenkapitalquote bis zum Jahr 2019 angehoben haben müssen.

Von Seiten des Landesrechnungshofes wurde diese Praxis öffentlich kritisiert und eine Überprüfung der Ausschüttungen angekündigt.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten:

- über die Hintergründe der oben beschriebenen Praxis bei der NASPA zu berichten und darzulegen, weshalb keine Ausschüttung erfolgt ist.
- die Entwicklung des Eigenkapitals, der Bilanzsumme und der Eigenkapitalquote darzulegen.
- die Entwicklung des Stiftungsvermögens der NASPA-Stiftung zu erläutern und Entwicklung der Ausschüttung der Stiftung darzustellen.

2. Der Magistrat wird gebeten darzulegen,

welche Eigenkapitalquote gesetzlich erforderlich ist, welche seitens des Verwaltungsrates und des Vorstandes angestrebt wird, Darlegung der Gründe, wenn Ziel des Vorstandes über der gesetzlichen Anforderung liegt.

Wiesbaden, 05.06.2019

Dennis Volk-Borowski
Fachsprecher
(SPD-Fraktion)

Bernhard Lorenz
Fraktionsvorsitzender
(CDU-Fraktion)

Christiane Hinnerger
Fraktionsvorsitzende
(B90/ die Grünen)

Sven Bingel
Stv. Geschäftsführer
(SPD-Fraktion)

Gunnar Koerdts
Geschäftsführer
(CDU-Fraktion)

Mathias Schulz
Referent
(B90/Die Grünen)